

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennige; Vereins-Anzeigen 10 Pfennige. Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7353 im Post-Zeitungsregister.

Inhaltsverzeichnis. Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Ein ernstes Wort in erster Zeit. — Verlorene Liebesmüh. — Sind Steinschleifer Hilfsarbeiter und wo werden ihre Interessen vertreten? — Korrespondenzen (Karlsruhe, Hamburg, Berlin 11, Hannover, Berlin 1). — Rundschau. — Warum? — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Berlin I. Die Adresse der Kassiererin und Verwalterin ist Fräulein Marie Müller, Weuthstraße 20 (Restaurant „Zur neuen Post“).

Alle für die Hauptkasse bestimmten Sendungen sind an Heinrich Lohahl,

Berlin O., Gabelbergerstr. 6, Querg. IV. zu senden.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Ein ernstes Wort in erster Zeit.

Nur noch wenige Wochen und der Entscheidungstag für eine weitere Reichstagsperiode von 5 Jahren ist vorüber, da will es auch uns als ernste Pflicht dünken, in gedrängter Kürze die verfloffene Reichstagsperiode unseren Lesern vorzuführen, um ihnen zu zeigen, was geschaffen wurde, was wir schaffen wollten und was zu schaffen möglich gewesen wäre, wenn die Zusammenkunft des Reichstages eine andere war.

Der 1898 neu gewählte Reichstag begann seine Tätigkeit mit der Zuchthausvorlage, die geschaffen werden sollte, um das in dem § 152 der Gewerbeordnung allen Arbeitern und Arbeiterinnen gesetzlich zugestandene Koalitionsrecht einfach zu nehmen, um freie Betätigung in den Vereinen und das Eintreten für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Ausständen mit Zuchthaus zu bestrafen. Es zeigte sich aber gar bald, daß die Hauptförderer dieser Vorlage die Arbeitgeberkoalitionen waren, die sich als Scharfmacher einen üblen Namen erworben haben. Am 3. August 1898 schrieb der Scharfmacher Bueck einen Brief, der den Beweis lieferte, daß die Regierung bei den Scharfmachern eine 12,000 Mark-Bettelei veranlaßt hatte und der unumkehrbar bewies, daß hier auch ein Bündnis mit den Arbeitgebern bestand.

Ein heißes Ringen um das Koalitionsrecht entstand; die Arbeiterpartei, die Generalkommission und die Gewerkschaften protestierten energisch, und die Millionenproteste veranlaßten zum großen Teil, daß die Zuchthausvorlage am 20. November 1899 zu Grabe getragen wurde.

Dann folgte mit den deutlichen Zeichen der Unentschlossenheit der Regierung die durchaus ungenügende Bäckerei-Verordnung, der eine noch mangelhaftere Mühlenverordnung folgte. Die Kommission für Arbeiterstatistik, die doch bei richtiger Ausübung ihrer Aufgaben eine große Menge wertvoller Anregungen zu sozialpolitischen Taten geben konnte, sie hat ihre Sitzungen fast völlig eingestellt, das Reich der prämierten Sozialreform hielt es nicht für nötig, diese Kommission einzuberufen.

Zwei Jahre nach Zusammentreten des Reichstages kam die Gewerbenovelle zur Verhandlung, sie hat nur ipärisch, fast ängstlich, einige Verbesserungen geschaffen. Weder dem acht Uhr-Laden schluß, noch einer besonderen allgemeinen Arbeitszeitverkürzung

hat man zugestimmt, und das geforderte Frauenwahlrecht zu den Gewerbeberichten hat man abgelehnt, weil es nicht notwendig erscheint! — Tiele tausende von erwerbstätigen, steuerzahlenden Bürgerinnen sind noch immer vollständig rechtlos. Und wie groß ist die Zahl derer, die selbständig mit ungeheurer Anstrengung, sei es als alleinlebende Person, oder gar als Mutter, die außer ihren Kindern noch einen kranken Mann mit erhalten muß, oder als Witwe, die für alle Anforderungen allein einzustehen hat? Und doch, es wird auch hier nur Wandel geschaffen werden können, wenn die Arbeiterinnen bei einer wiederkehrenden Gelegenheit zu Hunderttausenden das Frauenwahlrecht erst mal für die Gewerbeberichte verlangen — und man wird es ihnen geben müssen, denn andere Gründe, als daß es immer so gewesen ist, können nicht angeführt werden, und darüber geht die Entwicklung hinweg.

Und so finden wir auf dem ganzen Gebiet des Arbeiterrechtes dieselbe Halbheit und Unentschlossenheit. Die Seemannsordnung, die eine Besserung des Seemannsschutzes bringen sollte, hat nur Stückwerke zutage gefördert. Die Regelung der Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben ist mangelhaft und läßt das ganze große Ausbeutungsfeld durch die Landwirtschaft unberührt; aber gerade da finden wir trasse und so notwendig verbesserungsbedürftige Zustände, dort hält man Kinderarbeit für nicht so schwer, es wurde von den Agrariern sogar als eine Art Erholungszeit hingestellt, wenn die Kinder im zarten, pflegebedürftigsten Alter auf den Feldern Rüben ziehen und andere anstrengende Arbeiten machen müssen. Und so auf allen Gebieten.

Sonstige Arbeiterschutzbestimmungen konnten nur auf dem Wege der Bundesratsverordnungen erreicht werden; z. B. die Verordnung besserer Ventilationseinrichtungen und Reinigungsbedingungen in den Ziegereien, der Schmutz und die schlechte Luft in den Maschinenräumen braucht nicht so nötig beseitigt werden, und doch bestehen gerade in diesen Räumen oft schauerlich schlechte Zustände; also auch hier ist Stückwerk wie überall. Die Sitzgelegenheiten in den Verkaufsgeschäften, die auch auf diesem Wege erlassen wurden, sind mit der Zeit fast ganz illusorisch geworden, wer einen offenen Hild dafür hat, wird unendlich oft finden, daß diese Sitzgelegenheiten entweder nicht vorhanden oder fast unbrauchbar sind. Mit derselben Wirkung ist auch die Verordnung über die Beschäftigung der Gehilfen in Gast- und Schankwirtschaften eingeführt worden, ebenso die Verordnung über die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den Ziegeleien, in den Steinhauereien, den Bürsten- und Pinselabriken und den Roßhaarpinneerien.

Noch kurz sei hier der Krankenkassenovelle gedacht, die die Selbstverwaltung der Klassen aufheben wollte und das hier allein bestehende Frauenwahlrecht aus Macht der Gewohnheit gleichfalls zu beseitigen versuchte. Der erweiterte Wöchnerinnenschutz und die erhöhte Bezugsberechtigung der Versicherten ist die einzige Verbesserung; doch steht die Gefahr der Beseitigung der Selbstverwaltung hierzu im krassen Gegensatz. — Also auch nur Mangelhaftes, Unfertiges.

Als letzte große Tat sei nun noch der Zollvorlage gedacht. Wie deutlich hat die Zusammenkunft des bisherigen Reichstages bewiesen, daß seine Mehrzahl das Bestreben hat, nur einer kleinen Gruppe Bestehender Vorteile, ungemessene Vorteile

zu verschaffen, hierbei sollte es auch jedem Arbeiter, der oft aus keinem anderen Grunde als aus Religionsgründen hier oder dort dem Centrumskandidaten seine Stimme gegeben hat, klar geworden sein, daß er hierbei geirrt hat! Denn er muß erkennen, daß alle die ihm gegebenen Versprechungen nicht innegehalten wurden, er muß erkennen, daß die meisten geschwätzten und verdächtigten Arbeiterpartei allein alle ihren Wählern gegebenen Versprechungen nach Kraft und Möglichkeit gehalten hat, daß sie die einzige war, die gegen eine ins Ungemessene reichende Zollvorlage mit ganzer Kraft und ehrlicher Ueberzeugung gekämpft hat. Darum muß ein jeder, dem die Erhaltung der Familie und Besserentwicklung der Gesellschaftsordnung am Herzen liegt, die paar letzten Wochen zur strengen Prüfung benutzen, er muß sich all die gegebenen Versprechungen des Centrums, der freisinnigen und konservativen Parteien vergegenwärtigen und sehen und sich überzeugen, ob auch nur eines ihrer Versprechen gehalten wurde. Die ganze Tätigkeit der Mehrheitsparteien bestand in der Fesselung der Arbeiterrechte, in Belastung der Arbeiterklasse durch unerwünschte neue indirekte Steuern. Nur für den Kreis der Befürwortenden, da versuchten sie neue Profitabschereien zu fördern, sie hatten für alle Arbeiterfragen und Forderungen weder Augen, noch Ohren, noch Verständnis, und darum sollte es keinem Arbeiter schwer fallen, am Entscheidungstage die richtige Wahl zu treffen. Nur die Sozialdemokratie sorgt für Verbesserung der Arbeiterrechte, sie macht die Anträge und Beschlüsse der Gewerkschaften zu den ihrigen und vertritt sie mit ganzer Kraft; sie ist die einzige Partei, die das Frauenwahlrecht fordert und fördert, sie steht auf dem Standpunkte, daß die Gleichheit ein natürliches Recht sei und hat diesen Standpunkt immer vertreten.

Darum, Kollegen, soweit ihr wahlberechtigt seid, benutz die kurze Spanne Zeit zur strengen Einkehr und Selbstprüfung, bedenkt, daß auch Ihr einen großen Prosentatz dererienien stellt, die ein Recht haben, über die Geschicke der Arbeiterklasse auf weitere lange 5 Jahre zu entscheiden. Darum darf keiner von Euch am Wahltag fehlen. Helft, agitiert überall, wo ihr könnt und beherzigt ein ernstes Wort in erster Zeit!

Verlorene Liebesmüh.

Nachdem in letzter Zeit die Aufnahmefähigkeit des Buch- und Steindruckerei-Hilfsperionals resp. die Vereinigung desselben mit den entsprechenden Verbänden der gelehrten Berufe mehrfach in den Kreis der Betrachtung gezogen wurde, dürfte für das Hilfsperional ein näheres Eingehen auf die Zweckmäßigkeit dieser Frage angebracht sein. Schon in einigen früheren Artikeln dieses Blattes wurde ausgeführt, daß die wirtschaftliche Entwicklung, verbunden mit dem technischen Fortschritt seine Wirkung auf die gewerkschaftlichen Organisationen insofern geltend machen würde, daß diese, wollen sie nicht hinter ihrer Zeit zurückstehen und das Mark ihrer Lebensfähigkeit nach und nach aufgeben, sich einer Vereinigung der interessierten, ganz gleich ob aus gelehrten oder ungelerten Arbeitern bestehenden Berufe anschließen werden müssen. Daß man in den weitaus meisten Gewerkschaften heute noch nicht den Standpunkt einnimmt, sich mit jenem Hilfsperional in einer Organisation zusammenzuschließen, liegt nun keineswegs an dem noch vielfach vorhandenen, ja

viel verschiedenen Miteigentum der gelehrten Arbeiter derselbe würde, wenn wirklich von Bedeutung, den gemeinsamen Interessen weichen müssen. Aber auch mit dem besten Willen lassen sich nicht durch Vereinigungsbeschlüsse und Abfassung von Statuten Vereinigungen zustande bringen, wenn nicht die nötigen Vorbedingungen für deren Lebensfähigkeit vorhanden sind: ein vorzeitiges Handeln aber würde die weitere Entwicklung der betreffenden Gewerkschaften auf Jahre hinaus hemmen. Nun ist aber die gemeinsame Tätigkeit verschiedener Arbeiterkategorien in demselben Beruf noch keineswegs die Voraussetzung einer gemeinsamen Gewerkschaftsorganisation. Selbst wenn einzelne Berührungspunkte auf dieses Ziel hinweisen, so wäre der gute Wille der Beteiligten nicht imstande, einen Ersatz für die etwa mangelnden natürlichen Interessen der Mitglieder untereinander zu schaffen, die allein erst dem Zusammenhalt die nötige Festigkeit geben. Ausschlaggebend für die Beantwortung der Frage, ob gemeinsame Organisation zweckmäßig, würde immer der Umstand sein, ob die Arbeiter der im Beruf Beschäftigten derart ineinander übergehen, daß bei vorkommenden Lohnunterschieden oder Streiks die verschiedenen Berufskategorien sich gegenseitig erliegen können, resp. die Stellen der im Streik Befindlichen einzunehmen imstande sind. Erst wenn dieses der Fall sein sollte, wenn die gegenseitigen Existenzbedingungen berührt werden, wird die notwendige Unterlage für eine nutzbringende Organisation aller interessierten Berufsangehörigen gegeben sein. Solange aber die Verhältnisse in den Gewerkschaften nicht die Garantie der gegenseitigen Abhängigkeit bieten, kann eine gemeinsame Organisation für den schwächeren Teil derselben nur zum Nachteil sein; denn ohne selbst Vorteil zu haben dürfte kaum eine Gewerkschaft uneigennützig genug sein, ihre Kräfte im Dienste und zum Nutzen ihnen nicht nahe genug stehender schwächerer Berufskategorien zu verwenden. Nur wenn die Interessierten durch ihre Tätigkeit im gemeinsamen Beruf kräftig genug sind, ihren gerechten Wünschen den nötigen Nachdruck zu geben und ein Aufgeben des gemeinsamen Arbeitens in der Organisation in erster Linie zum Schaden für den stärkeren Teil ausfallen würde, wäre die Lebensfähigkeit der gemeinsamen Berufsorganisation erwiesen. Alles dieses muß dem gewerblichen Hilfspersonal bei Prüfung der aufgeworfenen Frage vor allem maßgebend sein. Seine geringe Widerstandskraft läßt es nun einmal als Industriepartia in den Augen seiner gelehrten Berufsgenossen erscheinen, die sich nur Vorteile heischend an sie herandrängen. Daß aber gerade das Verlangen nach Vorteilen das Handeln auch der Verbände der gelehrten Arbeiter beherrscht, wird sehr drastisch durch das Verhalten des uns sehr nahe stehenden Verbandes der Lithographen und Steindrucker illustriert. Nachdem sie ihr Hilfspersonal aus ihrer Organisation verbannt haben, moegen ja schließlich, wenn sich die Aufnahme desselben als schädlich für den genannten Verband erwiesen haben sollte, sich nichts einwenden ließe, berührt es höchst eigentümlich, daß sie jetzt einen Teil dieses Hilfspersonals wieder für sich beanspruchen, weil sie sich Vorteile von diesen für ihren Verband versprechen. Eine kräftige Betätigung des Egoismus liegt wohl selten so klar vor Augen, wie in diesem Falle. Nicht weil die Betreffenden zu ihnen gehören, nicht weil sie zusammen mit ihnen gemeinsam arbeiten, sondern weil ihnen dieselben nützlich werden können, öffnen sie ein e i n e m Teil des Hilfspersonals ihren Verband; demnach scheint also der Verband nicht zum Nutzen der Mitglieder, sondern die Mitglieder zum Nutzen des Verbandes da zu sein.

In unserem Organ hat man ja nun hauptsächlich das Verhältnis zwischen Buchdrucker- und Hilfsarbeiterverband behandelt resp. die Aufnahme des Hilfspersonals in den Buchdruckerverband gefordert. Von den Buchdruckern ist uns infolgedessen durch ihr Verbandsorgan eine förmliche Abfrage zugegangen. Man hat ein Eingehen auf diese Frage kurzer Hand abgelehnt, ohne nähere Untersuchung derselben. Wenn sich auch das Unzweckmäßige der Aufnahme des Hilfspersonals in den Buchdruckerverband erweisen sollte, so scheinen doch die Gründe, die der Verfasser der Abfrage für das Unbistutable dieser Frage vorführt, sehr wenig einleuchtend. Es soll dem Verband der Buchdrucker wegen der großen Verschiedenheit zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern unseres Berufes, ferner wegen den sich immer vielseitiger gestaltenden Aufgaben und den

immer zahlreicher werdenden Nebenzweigen des Gewerbes unmöglich sein, eine Erweiterung seiner Interessensphäre anzustreben. Ja, ist denn das Hilfspersonal nicht genau ein ebensolcher Nebenzweig des Buchdruckerberufes, wie vielleicht die Stereotypenre, Schriftgießer, Faktoren, Maschinenwächter zc.? Gehören die Arbeiten des Hilfspersonals nicht genau so zum Buchdruckergewerbe, wie die der Stereotypenre und Schriftgießer, von denen die letzteren im Grunde genommen nur die Werkzeugmacher der Schriftgießer sind? Sind die Arbeiten des Hilfspersonals zur Verfertigung der Produkte des Buchdruckergewerbes vielleicht weniger notwendig, denn die der übrigen Angehörigen des Berufes, oder müßten dieselben etwa nicht von diesen mit verrichtet werden, wenn nicht die technische Entwicklung die Teilarbeit herausgebildet hätte? Hat nicht diese Teilarbeit dazu geführt, daß den Hilfsarbeitern sehr häufig die Möglichkeit geboten wurde, in die Reihen ihrer gelehrten Berufsgenossen einzurücken, wofür sich besonders aus den Branchen der Stereotypenre und Rotationsmaschinenmeister sehr viele Beispiele anführen ließen.

Man hat zu der bekannten Klausel, welche dem Hilfspersonal das Einrücken in die Stellung eines gelehrten Arbeiters unmöglich machen soll, seine Zulucht genommen, und gerade die Aufriechtung dieser künstlichen Schranke ist der beste Beweis für die allmählich vor sich gehende Verwischung des Unterschiedes zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern unseres Berufes. Der Egoismus und die Furcht vor der Konkurrenz tritt hierbei deutlich zu Tage und mögen wohl die Beweggründe zur Veranlassung der Aufnahme derartiger Bestimmungen gewesen sein; es wird dies auch wohl dazu beitragen, die Frage der Einverleibung in den Buchdruckerverband unbistutable erscheinen zu lassen. Es wird sich zeigen müssen, wie lange derartige Schutzgehe noch wirklich schützende Kraft besitzen werden: sind doch jetzt schon hin und wieder die Buchdrucker, wollen sie sich nicht ins eigene Fleisch schneiden, gezwungen, einzelne Hilfsarbeiter in ihren Verband aufzunehmen, und mit der Zeit wird auch wohl die sehr nach Hinfüßertum duftende Bestimmung einer freieren Aufstellung Platz machen müssen.

Spricht nun auch vieles für die Aufnahme des Hilfspersonals in die genannten Verbände, so würde es sich trotzdem nicht empfehlen, eine Agitation zu Gunsten der Aufnahme in den in Betracht kommenden Verbänden aufzunehmen. Was vielleicht später zweckmäßig und unbedingt notwendig sein wird, ist jetzt praktisch kaum ohne Schaden für alle Beteiligten durchführbar. Es läßt sich nicht verkennen, daß, wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, eine Vereinigung des Hilfspersonals z. B. mit dem Buchdruckerverband sehr wohl für eine gewisse Zeit wenigstens nachteilig für beide Teile wirken würde; denn man muß innewein beachten, daß dieser eine wohlorganisierte Organisation ist, während das Hilfspersonal, um dahin zu gelangen, leider noch einen weiten Weg vor sich hat. Die Hinzuziehung der noch wenig von der Organisationsdisziplin berührten Kreise zu einer festgesetzten Organisation muß immer eine gewisse Unordnung hervorrufen und würde dieselbe auch ungewisselhaft bei etwaigen Aktionen ihre Wirkung nicht verfehlen. Und daß es uns unter solchen Voraussetzungen gelingen würde, uns die Beachtung, welche wir als gleichberechtigte Mitglieder zu fordern haben, auch zu verschaffen, dürfte zweifelhaft sein; dafür aber, vielleicht nur geduldet Mitglieder zu sein, würden wir uns denn doch wohl bedanken.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, aus eigener Kraft heraus unserer Organisation die Bedeutung zu verschaffen, die unseren Berufsgenossen Achtung abzunütigen imstande ist. Daß wir dabei auf uns selbst angewiesen sind, beweist am besten die Abfrage, die der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ einem Buchdrucker-Kollegen, der seine Kollegenschaft etwas mehr für die Organisation des Hilfspersonals engagierter will, ankommen ließ. Es wird uns dabei gleichzeitig die Schwäche unserer Organisation vorgehalten und behauptet, daß, da wir nicht selbst imstande seien, etwas zu schaffen, wir den Verband der Buchdrucker als Prellbod vorzuschleichen suchen.

Man sollte meinen, daß es alten erfahrenen Gewerkschaftlern nicht unbekannt ist, mit welcher Schwierigkeit gerade die Organisationsarbeit unter ungelerten Arbeitern verknüpft ist. Wenn man ferner unsere geringen Mittel in Betracht zieht und dazu die wenigen uns zur Verfügung stehenden

Kräfte bedenkt, so sollte man eher zu einem anerkenntenden Urteil, denn zu einer derartig wegworfenden Meinung über die Fähigkeit unseres Verbandes kommen. Wandten wir uns hin und wieder an die Buchdrucker zwecks Unterstützung in der Agitation, so ist doch dies nur natürlich, zumal uns ein nicht zu unterschätzender Vorteil durch dieselben mit leichter Mühe gewährt werden kann. Sie haben z. B. im Streikjahr 1890 bewirkt, daß Vereinigungen der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in allen größeren Städten wie Pilze aus der Erde schossen. Es ist damit wohl der beste Beweis geliefert, von welcher Bedeutung für uns die Mitarbeit der Buchdrucker für die Organisation des Hilfspersonals ist. So anerkenntenswert nun auch eine derartige Tätigkeit war, insbesondere, da sie dadurch den ersten Impuls zur Gründung unserer Organisation überhaupt gegeben hatten, so erlahmte aber auch das Interesse an der Bewegung in demselben Augenblick, da der Streik beendet war. Es soll nicht verkannt werden, daß nach einem verlorenen Streik eine Organisation mit sich selbst gerade genug zu tun hat, doch hätten sich die Buchdrucker ein Verdienst um das schlecht entlohnte Hilfspersonal erworben, wenn sie nach Wiedereintritten rubrigerer Zeiten nur halb so viel Eifer für dessen Organisation gezeigt hätten, als es vor dem Streik der Fall war. Es sollte übrigens als Ehrenpflicht eines jeden organisierten Arbeiters angesehen werden, sein Möglichstes dazu beizutragen, daß seine Mitarbeiter, selbst wenn es nur ungelernete sind, sich organisieren.

Hat sich nun die organisierte Geheißenschaft unseres Berufes zum arden Teil gleichgültig gegenüber der Agitation unter dem Hilfspersonal verhalten, so ist unumkehrbar der bisherige Fortschritt unseres Verbandes anzuerkennen. Daß wir in der kurzen Spanne Zeit, welche seit Gründung unseres Verbandes verlossen ist, noch kein Machtfaktor geworden sind, kann doch kein Vorwurf für unsere Tätigkeit sein. Auch wir können keine Armeen aus dem Boden stampfen, mit der geringen Zahl unserer Mannschaften jedoch, denen nach Angabe des „Korrespondent“ zwar die Begeisterung für die Sache und der jugendliche Eifer fehlt, denen aber die Ueberzeugung der Organisationsnotwendigkeit nicht abgelprochen werden kann, werden wir beweisen, daß aus einer Arbeiterkraft, welche bei ihrer Organisationsarbeit mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, durch energisches Festhalten an dieser Ueberzeugung auch einst in den Reihen derjenigen Arbeiterverbände zu finden sein wird, welche heute als musterhaft hingestellt werden.

Sind Steinschleifer Hilfsarbeiter und wo werden ihre Interessen vertreten.

Ueber dieses Thema sprach am 6. Mai Kollegin Thiede in einer von der Berliner Steinschleifer-Sektion des Verbandes der Lithographen und Steindrucker einberufenen Versammlung. Der Vorsitzende, Herr Rosen, bemerkte einleitend, daß durch die in jüngster Zeit gepflegene Diskussion zwischen der „Graphischen Presse“ und der „Solidarität“ eine eingehende Besprechung über die „Steinschleiferfrage“ notwendig geworden ist. Er bekräftigt einige dieser Artikel, kann sich aber mit der Form, in welcher Herr Aust die Diskussion führt, ebenso mit der Erklärung Stillers in Nr. 16 und 18 der „Graph. Presse“ nicht einverstanden erklären.

Die Referentin führte aus, daß die Ursache, die Steindrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen dem Verband der Lithographen und Steindrucker anzugliedern, durch die auf dem Halberstädter sowie 1896er Gewerkschaftstagen gepflegenen Diskussionen, Industrierverbände zu gründen und zu fördern, zu luden lie. Sie erinnerte an die zu der Zeit erfolgte Uebergabe der in Berlin bei den Buchdrucker-Hilfsarbeiterinnen organisierten Anlegerinnen der Steindruckereien und die dadurch bekundete Sympathie und Förderung der Bestrebung einheitlicher Verbände, und kommt dann nach kurzem Rückblick auf die Erfolge des Zusammenstufes auf den 1898 in Frankfurt a. M. erfolgten Ausschluß der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu sprechen und kritisiert, daß man eine Gruppe von Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen durch den Beschluß geipalten hat und eine einheitliche Agitation dadurch bedeutend erschwert, ja sogar unmöglich macht, wenn man nicht auch den Beschluß dahin korrigiert, daß auch die Schleifer als Hilfsarbeiter dem Verbande der Buch-

und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu überweisen sind und erinnert daran, daß der Frankfurter Beschluß, auch die Träger als Berufs-genossen zu behalten, schon geändert worden sei und diese dem Verbande der Buchbinder überwiegen wurden, weil selbige ohne die Prägrünerinnen absolut nichts ausrichten können. Die Referentin hob hervor, daß die Artfelleischiacht in der „Solidarität“ und der „Grapischen Presse“ durch eine falsche Auffassung des Herrn Kust entstanden sei, diese habe sich auch Sillier zu eigen gemacht und hat die Artfelleischiacht eine Wendung genommen, die, da sie auf Seiten der Lithographen und Steindrucker aus Unrecht Recht machen wollte, sehr zu bedauern ist. Rednerin erklärt, daß für den Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen die Schleiferfrage bis zum kommenden Verbandsstage der Lithographen und Steindrucker ruhen werde, um dort eine Entscheidung herbeizuführen.

In der Diskussion über die Ausführungen der Kollegin Thiede waren alle Redner sich einig, daß sie ungelernete Arbeiter sind, jedoch keine anderen Gründe für die Angliederung an den Lithographen- und Steindruckerverband anzuführen wußten, als das „innige“ Zusammenarbeiten mit den Druckern. Ein Vertreter derselben be sprach ebenfalls dieses innige Verhältnis zwischen den beiden Kategorien, meinte aber, daß die Schleifer nur dann auf eine Unterfertigung der Gehilfenchaft bei Lohnbewegungen usw. rechnen könnten, wenn sie in größerer Masse organisiert sind wie jetzt; solange nur 50 pCt. dem Verbande angehören, könnte derselbe nicht für die Schleifer eintreten. Das weibliche Hilfspersonal sei als Ballast zu betrachten, welcher die Verbandsinteressen nur schädigen könne.

Die Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes konstatierten auf Grund dieser Ausführungen, daß die Steinschleifer nur als Mittel zum Zweck an den Gehilfenverband gefesselt werden, aber eine wirkliche Vertretung ihrer Interessen dabeilich nicht finden. Sie verlangten, entweder soll der im Jahre 1898 gefasste Beschluß aufgehoben und alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wieder aufgenommen werden, oder man lasse die Steinschleifer sich an jene Organisationen angliedern, wo ihre Interessen auch wirklich vertreten werden. Die Versammlung nahm sodann eine Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß die Berliner Steinschleifer nach wie vor Mitglieder des Verbandes der Lithographen und Steindrucker bleiben. Auf Antrag des Kollegen Schulz, Leipzig, wurde ferner beschloffen, beim Verbandsvorstande die Einberufung einer Steinschleifer-Konferenz zu beantragen. E. P.

Korrespondenzen.

Berichtigung. In der Abrechnung des Verbandes in der vorigen Nummer muß es unter „Arbeitslose männliche Mitglieder des Quartals“ heißen: 2427 arbeitslose Tage.

Parisruhe. Die hiesige Zahlstelle mußte am 18. April eine außerordentliche Mitgliederversammlung wegen Ausscheidens des bisherigen 1. Vorsitzenden abhalten. Die Versammlung wurde von einem provisorischen Vorsitzenden geleitet und folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Verlesung des Protokolls der vorigen Versammlung. 2. Wahl eines 1. Vorsitzenden. 3. Wahl eines Revisors. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Bericht des Kartellbelegierten. 6. Bericht des Kassierers. 7. Verschiedenes. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Albert gewählt, welcher das Amt dankend annahm und versprach, nur zum Besten des Verbandes und zum Wohle der Mitglieder zu wirken und stellte derselbe zugleich die Bitte an die Mitglieder, welche sehr zahlreich erschienen waren, daß sie durch Einigkeit und festes Zusammenhalten zum Verband treue Mitglieder bleiben sollten und durch fleißigen Besuch der Versammlungen und Aufrechterhaltung der Ordnung beitragen möchten, daß ihm die Führung seines Amtes erleichtert wird. Der Kartellbericht konnte nicht erstattet werden, da der Delegierte verhindert war, die Sitzung zu besuchen. Der Kassierer gab einen kurzen Bericht über den Stand der Kartellasse, welchen die Revisoren, die alles in bester Ordnung gefunden hatten, bestätigten. Unter Verschiedenem wurde die Frage beantwortet, ob die Mitglieder, welche sich zum zweiten Male zur Aufnahme meldeten, nicht wieder mit 50 Pf. anstatt mit 75 Pf. Aufnahme finden könnten. Es wurde darauf hingewiesen, daß wir vor einiger Zeit, sozuzunehmen eigenmächtig und zum Zweck, die alten Mitglieder alle wieder zu gewinnen, die Aufnahme auf 50 Pf. festsetzten. Wir stellen nun den Antrag an den Centralvorstand, welcher uns auf die Statuten verwies und darauf aufmerksam machte, auch bei uns keine Ausnahme

machen zu können. Daraufhin haben sich die betreffenden Kollegen bereit erklärt, den Betrag zahlen zu wollen. Hierauf schloß der Vorsitzende, nachdem er noch seinen Dank für das zahlreiche Erscheinen ausdrückte, um 10 Uhr die Versammlung.

Hamburg. Am Sonnabend, den 2. Mai, tagte bei Pfeffer eine Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Central- und Lokalorganisationen und die Stellung der Ortsverwaltung Hamburg-Altona dazu. Referent: Kollege Glarner. 2. Diskussion. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Die Versammlung mit vorliegender Tagesordnung wurde durch die am 18. Januar in Berlin vereinbarten und von Seiten der Zahlstelle Hamburg nicht innegehaltenen Beschlüsse verurteilt, doch hatte eine am 30. April stattgefundene Sitzung in der Sache Klärung geschaffen, so daß Kollege Glarner auf das Wort zum Vortrage verzichtete und der Kollegin Thiede, die zur Regelung der Angelegenheit nach Hamburg entsandt war, das Wort erteilte. Rednerin gab einen ausführlichen Ueberblick über die Veranlassung der Berliner Konferenz und ihre Beschlüsse und verbreitete sich über die Nichtinnehaltung derselben und die dadurch entstandenen Folgen. Es hat sich indes herausgestellt, daß der Hamburger Vorstand mit Ausnahme des Kollegen Lohse in gutem Glauben gehandelt hat. Als es sich herausstellte, daß die Agitation in der am 18. Januar festgelegten Form für die entzerrten Vororte bei Hamburg nicht zweckmäßig sei, wurde Lohse beauftragt, dem Verbandsvorstand eine andere Form, die mit augenblicklichen Mehrheiten verbunden war, vorzuschlagen und die Zustimmung derselben nachzuholen. L. übernahm den Auftrag, führte ihn indessen nicht aus, erklärte aber im Hamburger Vorstand, den Auftrag ausgeführt zu haben, nur hätte der Verbandsvorstand immer noch nicht geantwortet. Nach Ablauf von weiteren drei Wochen erklärte Lohse, er habe nochmals nach Berlin gedrückt und nun sei die Genehmigung, da die Kollegin Thiede nicht in Berlin war, durch den Kassierer Lohdahl erteilt worden. Auf Grund der Mitteilung hat nun der Hamburger Vorstand die Agitation in Altona, Ottenjen und Hamburg betrieben und da die bewilligte Summe längst überschritten war, sollte der Verbandsvorstand weitere Mittel bewilligen. Bei dieser Gelegenheit zeigte es sich nun, daß eine falsche Benachrichtigung erfolgt sein mußte, denn die Aufforderung des Verbandsvorstandes, die am 18. Januar gefassten Beschlüsse innezuhalten, wurde mit obestehender Tagesordnung beantwortet. Nachdem Lohdahl gegen die Mitteilung, daß er keine Zustimmung zur veränderten Taktik gegeben habe, ganz energisch protestiert hatte und die Zustimmung dieses Schriftstückes an den Verbandsvorstand forderte, da lies ein Schreiben von Lohse ein, welches besagte, daß die Angelegenheit, die Zustimmung betreffend, auf einem Irrtum beruhe und daß Lohdahl wieder mündlich noch schriftlich die Zustimmung zur veränderten Taktik gegeben habe, daß die Sache also auszuscheiden sei; unterzeichnet war das Schriftstück mit Glarner. Es stellte sich in der Sitzung heraus, daß Glarner von dem Schriftstück und Inhalt nichts wußte. Rednerin kennzeichnet ein solches Vorgehen gebührend und nachdem sie noch im weiteren Verlaufe ihrer Ausführungen die Vorteile der Centralorganisation hervorhob, begab die vollständige Ansichtlosigkeit, als Lokalorganisation besser vorwärts zu kommen, nachgewiesen hatte, trat man in die Diskussion ein. Die Kollegen Glarner, Jung, Günther sen., Neben, Giese, Klappert, Jäger und Kirchner erklärten, daß sie auf dem Boden der Centralisation stehen und eine andere Organisationsform nicht anstreben, nur erwarten sie, daß der Verbandsvorstand die durch die falsche Benachrichtigung entstandenen Agitationskosten in Höhe von 319 Mk. übernimmt, da die Lokalfälle eine solche Summe nicht übernehmen kann. Die Handlungsweise Lohses wird allgemein verurteilt. Lohse erklärt, er wolle keine Lösung vom Verbands, „nur“ solle eine Beitragsenthebung der Zahlstelle auf ein oder zwei Jahre vom Verbandsvorstand erfolgen. Der Kartellvorsitzende Grothe, ebenso Kollegin Thiede und einige andere Redner weisen die Unbuddhigkeit dieses Ansinnens nach und erucht der Kartellvorsitzende, daß die Hamburger Ortsverwaltung bei Mangel an Mitteln zur Agitation, ebenso bei Ausarbeitung eines Planes über Agitation an das Kartell herantritt, dieses wird bereit sein, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. — Hierauf wird eine Resolution der Kollegin Thiede, die besagt, daß die Mitglieder der Zahlstelle Hamburg unter allen Umständen zur Centralorganisation halten und daß der Gedanke der Lokalorganisation ein für allemal von der Hand zu weisen ist, einstimmig angenommen. — Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung um 12 Uhr. E. P.

Berlin, Zahlstelle II (Hilfsarbeiter). Bericht von der 6. außerordentlichen General-Versammlung vom 3. Mai 1903. Eröffnung durch den Kollegen

Jädick um 2,45 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Mitteilungen, Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 2. Abrechnung der Verschmelzungsfrage (Antrag Moriz). 3. Wie stellt sich die Zahlstelle II Berlin zur Aufnahme der Steindruckerei-Hilfsarbeiter und der Zeitungsanträgerinnen? (Antrag Bleich). 4. Abänderung des § 11 des Ortsstatuts. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, verliest der Schriftführer das letzte Protokoll, welches nach einigen Modifikationen angenommen wird. Der Vorsitzende teilt nun zunächst mit, daß sich die Kollegen Em. Schulz, Lamparced, Wilh. Breitkreuz, S. Großmann und Daagen krank gemeldet haben. Gesund gemeldet haben sich die Kollege Franz Mohr, Wilh. Cuhley, Handte, Walscher und Lamparced. Ausgetreten ist der Kollege Tittberner. Zu einem anderen Besuche übergetreten sind die Kollegen Wendler, Jander und Ad. Peters. Von einem anderen Besuche zurückgemeldet hat sich der Kollege Jandt. Des ferneren erstattet er nochmals einen kurzen Bericht in der Angelegenheit Zeig, welcher sich als Gemahregelter betrachtet und auch die Maßregelungsunterstützung beanprucht. Der Vorstand hatte diese Sache vorher nochmals genügend untersucht und war zu dem Resultat gekommen, daß hier eine Maßregelung nicht vorliegt, da von den Stereotypuren die Firma Levin nicht gesperrt wurde, sondern die Betreffenden von selbst aufgehört hatten, da die Firma in andere Hände übergeht. Während nun die Stereotypuren schon am Freitag aufhörten, arbeitete der Kollege Zeig noch bis Sonnabend weiter, erschien dann aber am Montag und Dienstag nicht zur Arbeit. Da ihn nun der Chef wegen seines Fernbleibens entließ, verklagte Kollege Zeig wegen dieser zwei Tage den Chef noch beim Gewerbeamt, wo er aber abgewiesen wurde. Er vertritt nun dem Vorstand glaubhaft zu machen, daß er gemahregelt sei. Kollege Bleich erucht, da Kollege Zeig ähnliches schon einmal verurteilt, diese Angelegenheit dem Vorstand zu überlassen. Kollege Falkenberg kommt nun auf die Verlesung der Stellen bei der Firma Levin zu sprechen. Dabeilich hatte auch unter anderem der Kollege Adolf Peters durch Umgehung unseres Arbeitsnachweises angefangen, und wird nun vom Kollegen Falkenberg beantragt, den betreffenden Kollegen auszuschließen. Kollege Jahnß bevrwortet ebenfalls den Ausschluß des Kollegen Peters. Kollege Stephan erucht, für heute von dem Ausschluß nochmals Abstand zu nehmen. Der Antrag auf Ausschluß wird, nachdem Kollege Mahle dagegen gesprochen, abgelehnt. Der Vorsitzende erstattet nun einen kurzen Bericht über die Lohnforderung der Kollegen von der Woche. Kollege Grieseler monierte dabei, daß die Anlieger-Kollegen nur ihre Interessen vertreten hätten und an ihre anderen Kollegen, die Papierarbeiter, dabei garnicht gedacht hätten. Kollege Falkenberg ist ebenfalls mit den Erfolgen der Kollegen nicht zufrieden. Kollege Bleich spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die Anlieger-Kollegen von der Woche noch immer das Walzenwaschen verrichten, ebenso Kollege Kreele. Bleich beantragt nun Schluß der Rednerliste, welches einstimmig angenommen wurde. Der Vorsitzende weist noch auf die Verhandlungen bei Sittenfeld und Hermann hin, wo der Vorstand darnach strebte, sämtliche Kollegen im Lohu gleich zu stellen. Jahnß weist nun noch auf unser nächstes Stiftungsfest hin und teilt ferner mit, daß der Gesangverein „Solidarität“ am zweiten Pfingstfeiertag bei Zoels ein Frühkonzert veranstaltet. Der Vorsitzende kommt nun auf die Erklärung des Herrn Sauer im Vorwärts zu sprechen und weist dabei auf die Gegenerklärung des Vorstandes hin. Falkenberg führt nun die Gründe an, weshalb der Vorstand seine Erklärung nicht sofort nach Herrn Sauer abgeben konnte und erucht nun, daß dem Vorsitzenden das Recht gegeben wird, in solchen Fällen selbständig zu handeln. Bleich ist derselben Ansicht und stellt nun den Antrag, daß dem Vorsitzenden das Recht zusteht, über eine Summe bis zu 20 Mk. zu verfügen. Lohdahl wundert sich ebenfalls darüber, daß die Gegenerklärung nicht sofort erfolgte. Bloch erweitert den Antrag Bleich auf 50 Mk., welcher einstimmig angenommen wurde. Vom Kollegen Moriz wird nun Schluß der Debatte beantragt. Dieser Antrag wird angenommen. Es wurden nun 33 Kollegen, nachdem sie vom Vorsitzenden auf unser Statut aufmerksam gemacht waren, aufgenommen. Kollege Bleich moniert dabei, daß verschiedene Kollegen verlesen wurden, die garnicht mehr anwesend sind. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung begründet Moriz nun in längeren Ausführungen seinen Antrag und führt den Kollegen nochmals die Gründe vor Augen, indem er bemerkt, daß schon vor zwei Jahren bei den Verhandlungen betreffend den Zusammenschluß angeführt wurde, daß Zahlstelle I nicht mehr lebensfähig sei und trotzdem heute noch besteht. Er erucht nun, da wir bei dem Zusammenschluß am schlechtesten fahren, seinen Antrag anzunehmen und den Zusammenschluß abzulehnen. Lohdahl kann diesen Ausführungen nicht zustimmen, auch moniert er heute nochmals den Widerspruch des Kollegen Stephan

in der letzten Versammlung und weist nach, daß Kollege Moriz betreffs der Mitgliederzahl von Zahlstelle I falsch unterrichtet sei und ersucht, den Antrag Moriz abzulehnen und für den Zusammenstoß einzutreten. Von Moriz wird jetzt der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Reineke ist gegen diesen Antrag und stellt geschäftsordnungsmäßig den Antrag, eine Urabstimmung vorzunehmen, welcher aber abgelehnt wurde. Dagegen wird der Antrag Moriz mit 36 gegen 32 Stimmen angenommen. Kollege Häbde bemerkt noch, daß die Kollegen abstimmen und den Vorstand gar nicht mal zum Wort kommen lassen und erklärt, daß der Vorstand von neuem den Antrag auf Zusammenstoß einbringen werde. Hallenberg wendet sich ebenfalls gegen die persönlichen Angriffe des Kollegen Moriz. Ein Antrag Moriz, über seinen Antrag, Abbrechung der Verschmelzungsfrage, abstimmen zu lassen, wird, nachdem Kollege Reich sich gegen diesen Antrag ausgesprochen, mit 35 gegen 33 Stimmen angenommen. Gegen diese Abstimmung protestiert Reineke, ebenso Wable und ersucht, die eingelaufene Resolution Alex, welche befragt, eine Urabstimmung vorzunehmen, anzunehmen. Kollege Reich unterstützt nochmals den Antrag, eine Urabstimmung vorzunehmen. Dieser Antrag wird mit 43 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Da nun nach den Abstimmungen die größte Anzahl der Kollegen die Versammlung verläßt, lobt die Beschlüsse nicht mehr beschlußfähig ist, schießt der Vorsitzende dieselbe mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle II um 6 Uhr.

Dannover. Versammlungsbericht vom 5. Mai. Die Versammlung war gut besucht und wurde um 9 Uhr vom Kollegen Oppermann eröffnet. Nachdem das Protokoll gelesen und angenommen, liest Kollege Oppermann einen Brief vom Hauptvorstand vor, in welchem derselbe erklärt, daß unsere Resolution vom 3. Februar vom Hauptvorstand nicht angenommen worden ist, weil Kollege Renke die Resolution nur in einem Versammlungsbericht gebracht, dieselbe aber dem Hauptvorstand nicht zur Beratung überhandt hat. Die Resolution wurde dann vorläufig bis zur General-Versammlung zurückgestellt. Hierauf erhielt nun Kollege Renke das Wort zu seinem Vortrage über die Bedeutung des 1. Mai. Großer Beifall wurde dem Redner zuteil. Unter Verschiedenem brachte Renke einen Fall zur Sprache, daß bei der Firma Jänede Arbeiterinnen ohne aröhere Pausen 30 Stunden hinter einander beschäftigt worden seien. Er erinnerte an die Bestimmungen der Gewerbeordnung, wonach Arbeiterinnen nicht länger als 11 Stunden beschäftigt werden dürfen und ersucht die Anwesenden, bei vorkommenden ähnlichen Fällen dem Vorstand Mitteilung zu machen, damit dieser die Gewerbeinspektion auf solche Firmen aufmerksam machen kann. Nach Aufnahme von 2 Kollegen wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Berlin, Zahlstelle I. Bericht der Versammlung vom 5. Mai 1903. Um 7 1/2 Uhr wurde die Versammlung durch die Vorsitzende mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Neuwahl der Verwalterin des Arbeitsnachweises. 2. Antrag der Mitglieder in der Angelegenheit Tomczak. 3. Antrag der Mitglieder auf Abbruch der Verschmelzungsfrage. Kollegin Thiede beantragt zur Geschäftsordnung, den ersten Punkt als zweiten zu setzen und den dritten Punkt als ersten zu nehmen. Nach Annahme dieses Antrages berichtet die Vorsitzende, daß ein Antrag auf Abbruch der Verschmelzungsfrage von 56 Mitgliedern unterschrieben an den Vorstand eingelaufen sei. Kollegin Müller begründet diesen Antrag. Die Kolleginnen versprechen sich keinen Nutzen vom Zusammenstoß und sind der Meinung, ihre Interessen allein besser vertreten zu können, als verbunden mit den Kollegen. Ferner war aus der Begründung ersichtlich, daß die Kolleginnen von Sittenfeld mit dem Verhalten ihrer männlichen Kollegen dort nicht einverstanden seien und aus deren Betragen Schlussfolgerungen auf die sämtlichen Kollegen gezogen haben, und diesem sei der bewußte Antrag entgegen. Kollegin Mar bedauert, daß von unserer Seite ein derartiger Antrag eingelaufen konnte und hält die Begründung nicht für schlüssig. Der Zusammenstoß sei notwendig und sei der Beschluß der Zahlstelle II nur möglich gewesen, weil die Gegner des Zusammenstoßes sich sogenanntes Stimmwech zur Versammlung mitgebracht hatten. Auch Kollegin Lohahl ersucht die Antragsteller, ihren Antrag zurück zu ziehen und verliest folgende Resolution des Vorstandes:

„In Anbetracht des von der Generalversammlung der Zahlstelle II am Sonntag, den 3. Mai gefassten Beschlusses, welcher den Abbruch der Verschmelzungsfrage herbeiführt, erklärt die heutige Versammlung der Zahlstelle I folgendes: Wir stehen auf dem Standpunkte, daß eine Vereinigung der im gleichen Berufe und mit der gleichen Arbeit beschäftigten Personen für beide

Teile nicht nur förderlich, sondern vom Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung aus absolut notwendig ist.

Dies haben wir, trotz aller Abweisungen seitens unserer männlichen Berufsangehörigen, durch die immer wieder von uns angebahnte Verschmelzungsversuche bewiesen. Aus diesem Grunde bedauern wir den kurzlichigen Beschluß, der mit geringer Majorität herbeigeführt wurde, noch dazu in einer Versammlung, in welcher ca. 20 Kollegen erst vor einer Stunde neu aufgenommen waren.

Wir halten diesen Beschluß in sozialpolitischer Hinsicht für rückständig und protestieren gegen die in der Versammlung gefasste Meinung eines Vorstandsmitgliedes, daß die Kolleginnen der Zahlstelle I dankbar für die eventuelle Aufnahme sein müßten und sprechen unser Entschlossen sein über eine derartige demütigende Zumutung aus dem Munde eines Mannes, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen vorgibt. Wir erklären zum Schluß noch, daß wir zu weiteren Verhandlungen in der Frage des Zusammenstoßes bereit sind; jedoch stellen wir die Bedingung, daß auf irgend welche Dankbarkeit von unserer Seite gerechnet wird und die Debatten sich vollständig auf dem Boden der Gleichberechtigung bewegen.

Kollegin Müller zieht ihren Antrag zurück und wird die Resolution des Vorstandes einstimmig angenommen. Kollegin Lohahl berichtet zum zweiten Punkt, daß am 28. April eine Vertrauenspersonensitzung stattgefunden habe, welche sich mit Vorschlägen zur Wahl einer neuen Vorsitzenden beschäftigte, da sie ihren Posten als Verwalterin persönlicher Verhältnisse halber gekündigt habe und darum es sich nun selbst ergibt, eine andere Vorsitzende zu wählen. Sie ersucht um Vorschläge zur Vorstehenden und Verwalterin, jedoch trotz wiederholter Aufforderung war keine der Vorgesetzten bereit, das Amt als Vorsitzende und Verwalterin zu übernehmen. Da Kollegin Lohahl erklärt, bis Juli den Vorsitz zu behalten, schlägt Kollegin Thiede vor, Kollegin Müller als Kassiererin die Verwaltung des Nachweises zu übertragen, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt. Zum 3. Punkt. Antrag der Mitglieder in Sachen Tomczak, welcher von 46 Mitgliedern unterschrieben war, begründet Kollegin Thomae denselben. Die Begründung ergab, daß die Antragsteller nicht ganz richtig informiert waren und beantragt Kollegin Thiede Überlegung zur Tagesordnung, welches auch angenommen wurde. Unter Verschiedenem beantragt Kollegin Müller, das Statut dahingehend durch einen Beschluß zu ändern, daß über Mitglieder, welche das dritte Mal angenommen werden, wenn nicht schwerwiegende Gründe vorliegen, den Entschluß dem Vorstande zu überlassen. Dieser wird nach kurzer Diskussion gegen eine Stimme angenommen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung um 11 1/2 Uhr.

Kundschau.

Leipzig. Vor dem hiesigen Schöffengerichte hatte sich der am 15. Juli 1881 in Leipzig geborene Maschinenmeister Paul Dieberich wegen Betrugs zu verantworten. D., welcher vier Tage konditionslos war, trat bei der Firma Grumbach in Arbeit, ließ sich jedoch vom Vereine Leipziger Buchdrucker und Schriftsetzergesellen als Arbeitsloser weiterführen und erhob unrechtmäßiger Weise vier Wochen hinter einander Konditionslohn-Unterstützung im Gesamtbetrage von 48 Mk., trotzdem er bei G. während dieser Zeit einen Wochenlohn von 27 Mk. bezog. In Anbetracht der Dreifachheit, mit welcher D. operiert hatte und da ein ähnlicher Fall bereits im Vorjahre vorgekommen war, erstattete der Vorsitzende des Leipziger Gewervereins bei der förmlich. Staatsanwaltschaft gegen D. Anzeige wegen Betrugs. In der Gerichtsverhandlung führte der Angeklagte zu seiner Entschuldigung an, er habe etwa 200 Mk. in den Verband gesteuert und noch nichts davon bezogen, worauf der als Anwalt geladene Vertreter der durch D. geschädigten Körperchaften (Verband und Leipziger Vereine) erklärte, daß der Angeklagte selbst heftig, nicht durch Not, lange Arbeitslosigkeit usw. zu diesen Betrügereien getrieben worden zu sein, denn er habe 2 1/2 Jahre hinter einander in Kondition gestanden und sei im ganzen nur vier Tage arbeitslos gewesen, für welche Zeit er Arbeitslohn-Unterstützung erhielt. Der Gerichtshof trat dieser Auflassung bei und verurteilte D. wegen Betrugs zu drei Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, der Gerichtshof habe diese Strafe ausgemessen, weil der Angeklagte eine Kasse, welche zur Wohlfahrt der Gewerbsgenossen errichtet sei, so lange als möglich auszubehalten suchte und sich an ihr bereichert habe.

Warum?

Wie oft heißt es all sündt und dacht:
Mit id et malen deß.
Dat id et freeg veel Geld und Macht
Und wär von alles free
Wat mi jebst drückt, lehr oft et quält,
Mit traurig moßt den Sinn,
So, dat Dumor mit öfter leht
Wenn id alleen mal bin.

Ist arbeits id denn bin un her —
Von Freiheit und von Glück —
Bett mi de Kopp wör wüst un leer,
Bett id sündt meen Geschid:
Dat id nicht et harr weeles Geld,
Dat Glend nur min Loos;
„Warum“, frög id oit, „is de Welt
För Arme hoffnungslos?“

Warum leert veel in Teverslup
To jede Diet und Stunn,
Wo Tüende kum Freud, keen' Lust,
Knapp Brot tom Leben kunn?
De kum 'n Stüd Tiig kriegt öwer 'n Liev
Frohdem le alles maht
Wat jem befehlt ward, wo dat Wied
För Fremde waldt und fost!

Warum — warum hett Gen' so veel,
De Anner' garnit' freegen?
Warum? — Dat ist keen richt'ges Speel!
Wi hebbt doch All' hier legen
Von Anians in denselben Schoot
Von Mutterleev bewart,
All' war'n wi glief, von Kopp to Foot,
All' von deselbe Art!

So veel id fragen dhä: „Warum?“
Keen Mensch mi Antwort geew;
All' schütteln Kopp und bleeben stumm,
All' war'n le allet bedrüm! — — —
Leht! — Endlich: — weest id erst warum
Dat mut veel Arme geben:
„Nur, wenn veel Lid bleibt arm und dumm
Köunt Wenige lehr goot leben!“

Altona.

Ritram.

Literatur.

Wahlkampf. Für die Wahlkation ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts unter dem Titel „Sozialdemokratie und Centrum“ die Rede Bebel's erschienen, die dieser als Antwort auf die Angriffe des Centrumsabgeordneten Dr. Schäbler in Bamberg gehalten hat. Bebel's Rede ist nicht nur eine Verteidigung gegen die wider ihn und die sozialdemokratische Partei gerichteten Vorwürfe und Verdächtigungen, sondern sie ist zugleich eine glänzende Rechtfertigung des Sozialismus und der Sozialdemokratie. In vernichtender Kritik zeigt Bebel die Arbeiterfeindschaft des Centrums, das jetzt unter dem Deckmantel christlicher Liebe darauf ausgeht, Arbeiterstimmen zu fangen. In einem besonderen Anhang „Die Sünden des Centrums“ hat Bebel die gegen die wirtschaftliche und geistige Befreiung der Arbeiterklasse gerichteten Attentate des Centrums zusammengestellt und den astenmäßigen Nachweis von der Kulturwidrigkeit und der Arbeiterfeindschaft des Centrums erbracht. Der Einzelpreis für die Brochüre beträgt 20 Pf. Zur Agitation ist eine billige Ausgabe hergestelt, die aber nur an Vertrauenspersonen, Wahlkomitees usw. abgegeben wird. Für diese ist der Preis: 500 Exemplare 20 Mk., 1000 Exemplare 30 Mk., 5000 Exemplare 125 Mk. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69, zu richten.

Briefkasten.

München und Kiel. Die Versammlungsberichte mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.
Solbuerger-Hamburg. Den Artikel kann ich für die „Solidarität“ ohne vollständige Umarbeitung nicht verwenden.

Versammlungsanzeigen.

Zahlstelle Berlin II (Hilfsarbeiter). Sonntag, den 24. Mai 1903, nachmittags pünktlich 1 Uhr:
Örtliche Generalversammlung
in Feuerwerks Festhall, Alte Jakobstr. 75.
Tagesordnung: 1. Mitteilung und Beitragszahlung. 2. Vierteljahres- und Jahresberichte des Vorstandes. 3. Remuneration. 4. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren. 5. Ausschluß der Restanten. 6. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Vorliegende Nummer kommt wegen des Simmel-fabrikstages etwas später zur Post.